

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir fogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebersmittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Druckerlohn 70 Pfennige.

Die **Stettiner Zeitung** ist daher die **billigste** politische Zeitung welche **täglich zweimal** und in einem **großen Formate** erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere **Stettiner Zeitung** die Nachrichten über die **Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse** bereits im **Abendblatt** des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das **aller schnellste** übermitteln.

Die Redaktion.

Zum Weihnachtsfest.

Unter allen Festen, welche die Christenheit im Laufe des Jahres feiert, ist keines, das also wichtig und heilig ist, als das Feste, das Weihnachtsfest, allseitig freudig begrüßt und gefeiert wird.

In der That, wenn es noch einen Tag im Jahre giebt, wo auf dieser Erde, dem Wohnplatze des Sammers und der Sorge, der Unzufriedenheit und der Plage noch allgemeine Freude herrscht einen Tag, wo auf Stübchen wenigstens etwas von wahrer Freude einkehrt auch im Palast, dessen Bewohner sonst vor lauter Genüssen stumm geworden sind für die Freude, auch in der Hölle in der feinsten die Sorge des Lebens keine Freude aufkommen läßt, dann ist's der Tag von Weihnachten, — und sollte sich Niemand freuen alle die Kinder. Möchte doch diese allgemeine Weihnachtsfreude bei Allen immer mehr werden zu Freude über die Weihnachtsgabe, die Gott in seinem Sohne der ganzen Menschheit beschert hat.

Dann würde das Weihnachtsfest auch immer mehr werden zu einem Friedensfest für die ganze Menschheit. Frieden auf Erden zu bringen und ein Friedensreich zu gründen, söhner und dauernder als das Friedensreich jenes Kaisers Augustus unter dessen willkürlichem Szepter die Welt im langen Blutvergießen ein paar Jahre lang hindurch Frieden genoß; dazu ist ja der Sohn Gottes in die Welt gekommen, wie die Engel in jene heiligen Nacht gesungen haben. Und wenn auch dieser Friede nicht wie ein breiter Strom mit einem Wal von Verheerem aus die Welt überflutet hat, er ist doch in tausend Bächen eingedrungen in alle Gebiete des menschlichen Lebens, zuvor einander fremd, zuvor einander feind, haben einander die Hände gereicht zu Frieden über dem Evangelium Christi. Die Ketten der Sklaven sind gefallen, wo der Geist Christi hindrang. Jucht und Friebe ist eingekehrt in häusliches Leben, auch dem schwächeren Theil hat man gelernt die gebührende Ehre zu geben, wo das Christenthum bintam mit seinen heilsamen Ermahnungen. Die Geseze sind milder, die Kriege sind friedlicher, die Kräfte sind menschlicher geworden durch den Friedensgeist Christi und manche Friedensstifte ist in seinem Namen aufgeschlagen worden mitten im Unfrieden der Welt. Wo ein Wittens- und Waisenhous steht, ein Kranken- und Giechenhaus, eine Herberge zu Heimath gepflegt wird, wo Menschen sich zusammenhauen, um dieser oder jener Noth zu fliehen — da ist ein Nachklang und Wiederhaken einer Engelsmelodie: „Friede auf Erden!“

Und wenn bei diesem Allen noch so viel Streit und Streif ist auf Erden, wenn wir heute feugend gedanken müssen an all den Unfrieden und Streit und Zank zwischen den kirchlichen und politischen Parteien, an die Kluft zwischen den einzelnen Ständen und Berufsständen, da man kaum noch einander zu verstehen scheint, so soll dieses Gedächtnisfest einem jeden Einzelnen eine erste Mahnung sein, an seinem Theil Frieden zu halten und Erbeizumark mit Erziehung zuvor zu kommen, auf daß immer mehr völlige Wahrheit werde: „Friede auf Erden!“

Deutschland.

△ **Berlin**, 23. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums nahmen u. A. der Reichskausler Caprivi und der Kriegsminister v. Bronsart Theil. Wie verlautet, soll es zu lebhaften Erörterungen gekommen sein. Die Sitzung währte volle fünf Stunden, von 2 bis 7 Uhr. Heute Nachmittag 2 Uhr findet wiederum eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

Die heutige Sitzung des Staatsministeriums findet unter Vorsitz des Grafen Enlenburg statt. Auch Reichskanzler Caprivt wohnt derselben wieder bei. Dem Vernehmen nach werde der offizielle Eröffnungstermin für die Landtagsession festgesetzt und über verschiedene, dem Landtage vorzulegende Gesetzentwürfe Beschluß gefaßt.

Wie dem „L-A.“, aus Stuttgart telegraphiert wird, soll daselbst über die letzten Vorgänge zwischen Preußen und Württemberg wegen der Militärkonvention nach Neußau aus der Feder eines Eingeweihten eine sensationelle Broschüre erscheinen, welche im ganzen Reich Aufsehen erregen dürfte. Als Verfasser gilt eine bekannte politische Persönlichkeit.

In Schneidemühl ist der durch seinen im Jahre 1844 erfolgten Abfall von der katholischen Kirche bekannte Priester Czersti im Alter von 81 Jahren gestorben.

— Heute Vormittag um 9 Uhr empfing Seine Majestät der Kaiser den Kriegsminister, General der Infanterie Bronsart v. Schellendorff, sowie anschließend daran den Chef des Generalstabes, General-Adjutanten, General der Kavallerie Graf Schlieffen, zum Vortrag und arbeitete darauf mit dem Chef des Militär-Kabinetts, General-Adjutanten, General der Infanterie von Hahnle. — Kurz vor 12 Uhr Mittags empfing Seine Majestät der Kaiser den Kommandeur des Leib-Garde-Husaren-Regiments, Oberst und Flügel-Adjutanten v. Wöhrner, und darauf zur Auftritts-ankündigung den neuernannten Ministerpräsidenten der Vereinigten Staaten von Venezuela, Dr. Federico R. Chirinos.

— Die Zolleinnahmen bleiben auch nach dem letzten Aufwies für die Zeit vom 1. April bis zum 1. November d. 38. erheblich gegen die Einnahmen des Vorjahres zurück. Die Einnahmen des letzteren war um nicht weniger als 32 421 014 Mark höher, als die des laufenden Jahres. Das ist um rund 16 Prozent. Die Aufschreibungen lassen erkennen, daß für die folgenden Monate eine, wenn auch noch nicht sehr erhebliche Verminderung des Unterschiedes zu erwarten ist. Denn die Aufschreibungen erweisen einen Rückgang von 22,6 Millionen Mark, so daß sich die Differenz zu Lasten des laufenden Jahres um nahezu 10 Millionen Mark vermindert.

Die Ursache der absteigenden Beeinträchtigung der Zolleinnahmen liegt nicht in den Handelsverträgen. Denn diese waren für die ganze Zeit der Vergleichsperiode von 1892 bereits in Kraft. Sie ist vielmehr wesentlich in dem Rückgange der Getreide-Einfuhr zu suchen, welcher in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres eintrat. Der Sommer 1892 stand noch unter der Rückwirkung der ungenügenden Körnerernte von 1891; die Einfuhr von Getreide war bis zu Ende und namentlich unmittelbar vor derselben ungewöhnlich hoch. In dem laufenden Jahre aber hat in Folge der günstigeren eigenen Ernte auch der Zeitraum vor der Ernte eine verhältnißmäßig geringe; Getreideeinfuhr gehabt.

Die Getreideeinfuhr sank im vorigen Jahre nach der Ernte sehr stark; deshalb bessert sie sich für die Monate September bis November, für welche ein beträchtlicher Theil der Zölle noch nicht eingerechnet, sondern kreditirt (angeschrieben) ist, der Vergleich zu dem Vorjahre, obwohl die Zolleinnahmen selbst eine Zunahme nicht aufweisen.

Abgesehen von den Getreideböllen weiß das laufende Jahr keine Verarmperiode, sondern eine, wenn auch im Vergleiche zu einigen der Vorjahre, nicht erhebliche Erhöhung der Kollienträden auf. Man ist aber auch hier von der starken Zunahme der Erträge, in welcher sich die für das heimische Erwerbsleben namentlich die Industriefrühe Periode von 1889—1891 wiederpiegeln, zu dem regelmäßigen Zustand langsamem Anwachsens der Kolliementnahmen entsprechend der Zunahme der Bevölkerung zurückgekehrt und wird daher bei der Beurtheilung der Finanzlage des Reiches ohne Gefahr einer Ueberschätzung auch nur mit sehr mäßigem Steigen der Kolliementnahmen rechnen dürfen.

— Trotz des verhältnißmäßig geringen Beratungsmaterials, welches für die erste Session des laufenden Gesetzgebungsabschnittes in Aussicht genommen ist, erscheint es kaum wahrscheinlich, daß die Session schon vor Ostern zum Abschluß gelangen wird. Von dem 16. Januar bis dahin sind nur zwei Monate. Rechnet man, daß selbst bei bester Vorbereitung und rascher Abwicklung der zur Konstituierung des neuverordneten Landtages notwendigen Geschäfte immer einige Tage vergehen, bevor in die Beratungen selbst eingetreten werden kann und daß die Generaldebatte über den Etat angeht, so der schwebenden finanziellen, wirtschaftspolitischen und politischen Fragen eine besondere Bedeutung und eine größere Ausdehnung als gewöhnlich gewinnen dürfte, so erscheint es nicht wahrscheinlich, daß auch nur das Abgeordnetenhaus den Etat vor Ostern ganz erledigt. Dabei bleibt außer den Schwerinstagen, die für mehr noch Zeit als für die ersten Schritte derjenigen Gesetze, welche zuerst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden sollen. Sängere Plenarverhandlungen über diese Vorlagen aber werden sicher erst in der Zeit nach Ostern zu ermöglichen sein, und es wird verhältnißmäßig rasch gehen müssen, wenn die Erledigung dieses Theiles der Aufgaben des Landtages nicht die Zeit bis nahe an Ostern in Anspruch nehmen soll.

Die Mittheilungen über die Vorlagen, welche dem Landtage zugehen sollen, sind vorerst noch mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Ueber die Wichtigkeit einiger dieser Vorlagen, namentlich soweit sie Vorlagen aus dem Ministerium des Innern und des Justizs betreffen, besteht eine gewisse Zweifel. Betreffs anderer gestattet der Stand der Vorbereitungen noch kein ganz sicheres Urtheil darüber, ob eine Vorlage in der nächsten Session sich erledigen lassen wird.

Was das Präsidium des Abgeordnetenhauses anlangt, so steht zu hoffen, daß Herrn v. Köllers Gesundheit ihm gestatten wird, wieder den Vorsitz zu übernehmen. Ebenso wird angenommen, daß der bisherige erste Vizepräsident Hr. von Heerenman eine Wiederwahl annehmen würde.

während Herr von Benda mit Rücksicht auf sein hohes Alter auf eine solche nicht reflektiven dürfte, jedoch ein anderes Mitglied der nationalliberalen Partei, welche nach ihrer Zahl den zweiten Vizepräsidenten zu stellen haben würde, zu wählen wäre.

— Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Bukarest in der Nachricht, daß man sich in russischen Regierungskreisen über die Schiffarmachung der Küstengewässer mit Rumänien verständigen zu müssen glaube, geschrieben, daß die Frage der Schiffarmachung des Rila-Armes vor das Forum der europäischen Donaukommission gehöre; das Bedürfnis einer Verständigung mit Rumänien sei wohl nur im baurechtlichen Sinne anzufassen.

Nach einem Briefe desselben Organs an Petersburg sollen übrigens Sachleute das Unternehmen als unausführbar bezeichnen, da die Verhandlungen bei der unausgesehenen Anschwellung durch das Meer unermittellich seien. Auch als der Aila-Arm noch im Besitze Rußlands war und sich keinerlei politische Bedeutung der Schiffarmachung entgegenstellte, sei die Unausführbarkeit eines solchen Unternehmens anerkannt worden. Der eigentliche Uebel der Idee sei jetzt Fürst Gagarin, der sie hauptsächlich aus dem Grunde lancirte, um sich die von der russischen Regierung gewährten Subsidien für alle Fälle zu sichern.

— Zu der jetzt in ultramontanen Blättern viel erörterten Frage der Parität erhält der „Hamb. Korr.“ folgenden Beitrag aus den Reichsländern:

Die Aleritalen in Eßaf Kothringen beschwerten sich seit langer Zeit darüber, daß unter den Staatsbeamten sich ein größerer Prozentsatz Protestanten befände, als dem Konfessionsverhältniß in der Bevölkerung entspreche. Eine gegenwärtig veröffentlichte Statistik der höheren Schulen des Landes lehrt indeß, daß die Zahl der katholischen Schüler verhältnißmäßig viel geringer ist, als diejenige der protestantischen. Die Aleritalen können sich somit nicht beklagen, wenn sie auch eine geringere Zahl bei Beförderung der höheren Beamten stellen liefern, und dies um so weniger, als gerade die katholische Geistlichkeit es ist, die ihren Einfluß dahin ausübt, die Katholiken vom Besuch der staatlichen höheren Lehranstalten abzuhalten."

Der hier angeführte Grund für das Zurück-
stehen der katholischen hinter den protestantischen
Beamten giebt sich allein nicht den Ausschlag.
Es spricht aber immer mit, wenn von vornherein
der gelehrte Nachwuchs innerhalb der katholischen
Bevölkerung geringer ist als innerhalb der pro-
testantischen.

— In der letzten Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstages war beschlossen worden: das Präsidium zu beauftragen, sobald der Handelsvertrag mit Rußland im Entwurf vorliegt, unverzüglich eine Plenarversammlung des Handelstages nach Berlin zu berufen und außerdem auf die Tagesordnung der Plenarversammlung zu setzen: „Die prinzipielle Stellung von Handel und Industrie zu den neuen Steuern gefeßt.“ Das Präsidium erläßt nunmehr an die Mitglieder des Handelstages ein Rundschreiben in dem es heißt: „Nach Lage der Verhältnisse und mit Rücksicht auf die bereits mitgetheilte Tagesordnung ist es nicht unmöglich, daß die Einladung zu der Plenarversammlung mit kurzer Frist erlassen werden muß. Wir beehren uns deshalb, unsere Mitglieder ergebenst zu ersuchen, die Ernennung der Abgeordneten für die nächste Plenarversammlung theilhaftig bald und schon vor Empfang der förmlichen Einladung vornehmen zu wollen.“

— Der Kaiser hat wegen Anschaffung eines neuen Kochgeschirrs für die Fußtruppen folgende Ordre erlassen:

Ich genehmige für Neubeschaffungen die bestehende Probe eines Kochgeschirrs aus Aluminium für die Infanterie, die Jäger und Schützen, die Pioniere und die Eisenbahn-Formationen. Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen. Neues Palais, 14. October 1893.

— Falls es die Winterunterverhältnisse erlauben, werden die ersten Monate des neuen Jahres neben der laufenden Thätigkeit der Flotte vor Allem dazu benutzt werden, um Probefahrten abzuhalten. Theils werden diese Probefahrten die Schiffe unternehmen, die bereits in diesem Jahre mit ihnen besonnen haben, theils aber auch Fahrzeuge, die zu ihren ersten Probefahrten überhaupt erst in Dienst gestellt werden sollen. Zu den erstern gehören die Panzerschiffe „Brandenburg“, Kommandant Kapitän z. S. Bendemann, erster Offizier Korvetten-Kapitän Westphal, Wörth, Kommandant Korvetten-Kapitän Stubenrauch, erster Offizier Kapitän Lieutenant Wallmann, ein „Hilfsbrand“, Kommandant Korvetten-Kapitän Gehlich, erster Offizier Kapitän-Lieutenant Krauß. Zu den letztern gehören die auf der Schidamacher Werft erbaute neue geschützte Kreuzer „Korvette“, „Gesinn“ und in späteren Monaten die Panzerschiffe „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, die auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshafen im schnellsten Schritte seiner Vollendung entgegen geht, und endlich das fünfte Panzerfahrzeug der Siegrittruppe, „Heimdal“, woran gegenwärtig die letzten inneren Arbeiten auf der kaiserlichen Werft in Kiel vor sich gehen. Weitere Probefahrten werden dann bis zum Herbst des kommenden Jahres nicht stattfinden können, da die übrigen im Bau befindlichen Panzerschiffe sich noch in zu wenig fortgeschrittenem Baustadium befinden.

— Die „Deutsche Warte“ veröffentlichte ein Gepräch mit dem preussischen Finanzminister Dr. Mügel, das sich über die wichtigsten politischen Fragen erstreckt, die augenblicklich zur Erörterung stehen. Ueber die Reichsteuernreform sagt er nicht, was nicht schon im Reichstage und in den öffentlichen Blättern angeführt worden ist. Was merkwürdiger ist, was der Minister über den russischen Handelsvertrag sagte:

„Ich verstehe übrigens sehr wohl, führte er aus, daß die Landwirthe sich gegen den russischen Handelsvertrag sträuben, obgleich ich doch glaube, daß seine Wirkung bedeutend übermäßig ist. Der Preis des Getreides wird immer der Weltmarkt ohne Rücksicht auf den Differenzialzoll bestimmen. Außerdem würde russisches Getreide auf Umwegen zu uns gelangen. Was wollen wir machen, wenn dasselbe in Antwerpen vermaht wird und als belgisches Getreide zu uns herbeikommt? Sollen wir jetzt, nachdem wir mit allen Staaten Verträge abgeschlossen oder ihnen Verpflichtungen zugestanden haben, nur mit Rußland hängen bleiben? Die Ruß haben wir

hingebracht, und der Schwanz soll drin bleiben? Auch der russische Roggen wird uns nicht erdrücken, obgleich er bei Zeiten unser Produkt geradezu unverkäuflich gemacht hat. Die Donaustaaten und die Türkei würden an die Stelle von Rußland treten, und erst Amerika! Cleveland hat den Amerikanern schon zu rufen: Bunt Roggen. Freilich bei einem Vertrage mit Rußland bleiben manche Punkte immer noch bedenklich. So gilt das für die Währungsfrage. Das Goldagio wirkt wie eine Prämie auf die Ausfuhr und macht den Zoll illusorisch. Das ist eigentlich das schwerwiegendste Bedenken gegen den russischen Handelsvertrag. Aber dasseibe haben wir jetzt auch Oesterreich-Ungarn und Italien gegenüber. Daher sind Handelsverträge mit solchen Staaten, die ungeredete Währungsverhältnisse besitzen, bedenklich. Wie soll unser Verhältniß zu Rußland sich aber gestalten, wenn wir uns nicht einigen oder die Verträge nicht annehmen wollen?"

— Ueber den griechischen Staatsbankerott wird der „Nat. Ztg.“ aus Athen unter dem 19. Dezember geschrieben:

Auf telegraphischen Wege ist Ihnen schon die Meldung zugegangen, daß die Zahlungsfähigkeit Griechenlands offiziell erklärt ist. Herr Trikupis brachte am Mittwoch Abend einen Entwurf in die Kammer, wegen der Regierung die Ermächtigung ertheilt wird, Verhandlungen mit den Gläubigern anzuknüpfen wegen Herabsetzung der Staatsschuld und zweites, weil diese Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen würden, betriebs der Deckung der bevorstehenden Zahlungen der Koupons (13. Dezember und 1. Januar) bestimmt wird: es soll eine provisorische Rate von 50 Prozent in griechischen Banknoten (was 30 Prozent in Gold gleich ist) ausbezahlt werden; diese Zahlung in Papier hat ihren Grund darin, daß die Regierung nicht im Stande war, das nöthige Gold zu beschaffen; auf alle weiteren Koupons aber soll diese provisorische Rate von 30 Prozent in Goldmünze bezahlt werden, bis zum eingetragten Abkommen mit den Gläubigern. Dann soll der Rest des dreihundert Betrages auf die Koupons nachgezahlt werden. Dieser Entwurf ist heute Abend in dritter Lesung, trotz einer Obstruktions-Taktik der Radikals-Fraktion, angenommen worden. Delamitis und seine Anhänger haben weder für noch gegen denselben gestimmt, aber sie haben die Regierung durch Sicherung eines beschränkbaren Laufes unterstützt. So setzen an die Einbringung des Entwurfs knüpfenden Rede führte der Ministerpräsident aus: Griechenland könnte auch heute seinen Verpflichtungen nachkommen, aber nur mit dem einheimischen Gelde, d. h. den Banknoten. Was aber dieses Geld enorm entwerthet ist, sei die Erfüllung der Verpflichtungen als unmöglich zu bezeichnen, bis Barmittel und Geld wieder gleichwerthig sind. Die Aufhebung des Zwangskourours müsse durch eine Einleihe erfolgen. Sie wäre aber nutzlos, wenn nicht die National-Bank bedeutend gestärkt würde um den Geldmarkt stabil halten zu können. Zu diesen beiden Zwecken seien also Verhaufnahmen mit einer Kapitalisten-Gruppe im Gange, um obwohl dieselben auf große Schwierigkeiten stoßen so sei doch die Hoffnung an einen baldigen und befriedigenden Abschluß berechtigt. Eine solche Lösung würde auch den jetzigen Gläubigern sehr zu Gute kommen, indem Griechenland dadurch bald in den Stand gesetzt würde, seine Zahlungen wieder voll aufzunehmen.

Der Bankrott ist also unumkehrbar offiziell. Die ganze Lage bietet unsreithbar ein tragisches Bild, und erkrankende Griechen müssen beschämt das Gesicht verstellen. Das kleine Königreich, das unter so großem Siebel und so großen Hoffnungen vor 60 Jahren begründet wurde, hat jene Hoffnungen arg getäuscht. Es ist aber klar, daß der Bankrott nicht am 13. Dezember anfängt, sondern bis auf die Ausgabe der Zehn- und Fünfzöcher (am 12. Juni) zurückgeht. Dabei ist auch der Kern unserer Opposition in der Kammer und in der Presse ganz und gar nichtig. Die griechische Kammer hat selten eine kläglichere Farce gesehen, als die Opposition der Mallis-Partei, welche tatsächlich im Juni die Zahlungen schon eingestellt hatte. Es fragt sich jetzt: Was nun? Man hofft hier, die von Trikupis vorgeschlagene Lösung werde auch von den Gläubigern, besonders den Engländern, angenommen werden. Denn sie haben ein Interesse daran, von Griechenland nicht mehr zu verlangen, als es ohne Zahlung seiner vorerkauften Kräfte bezahlen kann; ebenso wie den Griechen daran liegt, so viel wie nur möglich ersichtlich herauszugeben. Es darf auch nicht außer Betracht bleiben, daß die Herabsetzung der Staatsschuld den Griechen selbst ebenso großen Schaden verursachen wird, wie den fremden Gläubigern. Dies klingt wohl befremdend, ist aber wahr. Denn nicht nur die griechische Nationalbank wird dadurch 30 Millionen Drachmen verlieren, sondern auch die Zivil- und Militär-Pensionskassen die National-Universität, sämtliche Wohlthatigkeits-Stiftungen Griechenlands, alle griechische Erziehungsanstalten in der Türkei und Ägypten und Tausende von Griechen hier und im Ausland würden große Verluste erleiden, da sie viel Millionen in griechischen Obligationen besitzen. Die Griechen trifft mit Recht schäfer Zabel wegen ihres politischen und finanziellen Verfalls; sie sind daran schuldig, daß sie so lange Jahre die Ursache der jetzigen Katastrophe, einer schamlosen Parlamentarismus, geduldet haben. Aber sie werden auch finanziell selbst schwer bestraft werden.

ten mich hängen sehr schwer bequemer werden.
So weit unser Correspondent, dem wir das
Wort gestatten haben, um für Griechenland an-
„mildernde Umstände“ zu plaidiren. Dieselbe
werden aber in Deutschland, insbesondere von den
gehabtsten Gläubigern, nicht anerkannt werden.
Dass bei einem Staatsbankrott eine Anzahl Lan-
desangehöriger nicht eingeschädigt bleiben, ist selbst
verständlich; aber das seine Zahlung einstellen
Boll als Gefährlicher hat den Vortheil, dass er
eines Theils derjenigen Opfer überleben wird,
welche es bringen müsste, wenn das Land seine
Verpflichtungen erfüllen sollte. Dazu kommt, da-
die von den ausländischen Gläubigern bezugegebenen
Hundert von Millionen Griechenland zu Gun-
stommen sind, theils indem öffentliche productiv
Arbeiten davon befreiten, theils indem laufenden
Ausgaben dadurch gedekt wurden, die das grie-
chische Volk sonst durch Steuern hätte aufbringen
müssen. Während die Dinge so liegen, macht das
Verfahren der griechischen Regierung nicht einma-
den Einbruch eines Schuldners, der, in der Un-
möglichkeit vollständiger Erfüllung seiner Verpflich-
tungen, wenigstens Alles thut, was in seine
Macht steht, um seine Gläubiger zu befriedigen.
Dazu hätte zunächst gehört, das man nicht etwel-

die Leistungen, zu denen man verpflichtet ist, herabgesetzt, sondern eine Verstärkung mit Berücksichtigung der Gläubiger gesucht hätte. Allerdings wird das Leben erlassene Gesetz nur als „Provisorium“ bezeichnet; aber auch wenn man ein solches schaffen wollte, so mußte man hierüber eine Einigung mit den Gläubigern suchen, und vor Allem dürfte man nicht, wie es geschehen ist, die denselben überwiesenen Pfandobjekte einziehen.

Wie aus dem obigen Briefe unseres Correspondenten von Neuem hervor geht, ist es zunächst gütlichgütigkeits auf eine — neue Anleihe abgesehen. Es find uns mit Bezug auf unsere neulichen Bemerkungen über den griechischen Staatsbankrott einige Zuschriften geschädigter Gläubiger zugegangen, in denen jene Bemerkungen so aufgefaßt werden, als ob wir durch die Wahrung an die Borsen, bis zur Verhängung Griechenlands mit den Gläubigern jeder neuen griechischen Anleihe den Zufuß zum Handel und zur Rettung zu verweigern, die diplomatische Intervention der deutschen Regierung als minder nöthwendig oder minder befehlissam hienun darstellen wollten. Das hal uns günstig fern gelegen; wir wünschen, daß die Regierung die Interessen der geschädigten deutschen Gläubiger mit dem Nachdruck in Athen vertritt, welcher durch die Rücksichtslosigkeit des Vorgehens der griechischen Regierung doppelt gerechtfertigt wird. Aber da es offenbar ist, daß das nächste Ziel des Herrn Trifunpis eine neue Anleihe ist und zwar eine solche, deren Verwendung zu Gunsten der alten Gläubiger vorläufig theilweis geschieht nicht — darum glauben wir, daß er augenblicklich würde mehr fürchtet, als wenn die Borsen ihm die Thüre verschlossen; und deshalb machen wir diese von Neuem zu einer kategorischen Erklärung, daß keine neue griechische Anleihe zugelassen werde, bevor eine Verhängung mit den alten Gläubigern erzielt ist.

Wir haben neulich auch darauf hingewiesen, daß, wer ausländische, zu verhältnißmäßig niedrigen Kursen ausgetragene Anleihen kauft, sich der hiermit verbundenen Gefahr bewußt sein mußte. Hieran bei Vergängen, wie der griechische und der portugiesische Staatsbankrott zu erinnern, ist unternöthig, da dasjenige Publikum, welches solche Verluste sehr schmerzlich empfunden, für die Zukunft zu warnen. Aber eine Entschädigung für ein Verfahren, wie das der griechischen Regierung, liegt darin nicht im Entziefen. Der im Vergleich mit unbedingten sicheren Anlagepapieren billigere Emissionskurs und höhere Zinsfuß drückt die Gefahr aus, welche in der geringeren wirtschaftlichen Entwicklung, in der möglichen Bedrohung durch internationale Schwierigkeiten, in dem Mangel an innerer politischer Festigkeit, dem Landes wie Griechenland für die Gläubiger enthalten ist. Doch eine Risikoprämie für die Verletzung des Treu und Glauben brauchte allerdings der Käufer griechischer Papiere in dem Emissionskurs und dem Zinsfuß nicht zu erblicken; gegen diese Verletzung von Treu und Glauben wird das entscheidende Aufreten der deutschen Regierung gerechtfertigt sein. Es bedarf dazu nicht der Anionen mit denen man, wie wir jüngst gegen, in einer derartigen Angelegenheit nicht operirt; ein Staat wie Griechenland hat sehr viele Gründe, auf das Wohlwollen des deutschen Reiches Werth zu legen; er wird sich aber auf das Gegentheil von Wohlwollen in allen Fragen, die Griechenlands Interessen berühren, gefaßt zu machen haben, wenn nicht eine die Interessen der deutschen Gläubiger wahrnehmende Verhängung erliert wird.

— Die „Pol. Ztg.“ hatte geschrieben, die polnische Fraktion habe ursprünglich die kleinen Handelsverträge mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt. Erst nachdem der Abgeordnete von Pazdewski von der Zulassung des polnischen Sprachunterrichts Mitteilung gemacht hatte, sei die Bewilligung der Verträge beschlossen worden. Dazu wird der „Kön. Volksztg.“ geschrieben:

„Die Mittheilung der „Bos. Bz.“ ist falsch. Zwar hieß es anfänglich nach vorläufiger Berechnung, zehn Polen seien gegen den Handelsvertrag und neun dafür. Allein in der entscheidenden Fraktions-Sitzung waren nur achtzehn Herren anwesend, und je neun stimmten mit Ja und Nein. Nur haben die Polen in ihrem Fraktionsstatut die Bestimmung, daß bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag gibt. Daher erhielt der Vorsitzende, Fürst Razwizki, und er erklärte, er entscheide für die Annahme des Vertrages. Offenbarlich haben die Polen Fraktionszwang, die Minderheit muß mit der Mehrheit stimmen, oder sich der Stimme enthalten. So ist es gekommen, daß die Polen für den Handelsvertrag stimmten, und unsere Mittheilung ist verunglückt, nämlich aus „erster Hand“.

— Am 1. December d. J. sind dem „Armeeverordnungs-Blatt“ zufolge 44 Hauptleute bezugnehmend auf die Besatzung der 1. Klasse angesetzt, darunter 23 von der Infanterie, 4 von der Kavallerie, 9 von der Feldartillerie, 4 von der Fußartillerie, 2 vom Ingenieurcorps und 1 vom Train. Die Hauptleute der Infanterie haben ein Patent vom November und December 1890, die der Kavallerie vom Februar und März 1889, die Hauptleute der Feldartillerie vom September 1890, die der Fußartillerie vom December 1891 und Januar 1892, die vom Ingenieurcorps vom September 1890 und der vom Train vom März 1889. Kavallerie und Train haben also das jüngste, Fußartillerie und Infanterie das älteste Aufsehen.

— Gestern Nachmittag ist hier auf einer Spazierfahrt der Majorsbrater Graf von Salbern Abtinn, Reichstagsabgeordneter bis zum Jahr 1892, 65 Jahre alt, am Herzschlage gestorben. — Ueber das nachsichrige Kaisermandat weiß die „Königsb. Hart. Ztg.“ zu melden, daß das erste osterreichische gegen das siebzehnte westpreussische Armeekorps operiren wird. Wunderrath soll verlanget die Umgegend von Heiligenbeil-Blasch-Wormitt-Schiffahrt unsern sehen sein. Nach einer anderen Meldung soll die Gegend bei Marienburg zum Operationsfeld der genannten beiden Korps gewischt werden.

Posen, 22. December. Vom Besuche des Fürstbischöflichen Kapp beim hiesigen Erzbischof wird der „Pos. Ztg.“ jetzt noch folgendes Geschildertes mitgetheilt: Bei der zu Ehren des Fürstbischöflichen abgehaltenen Festtafel kam man im Laufe des Gesprächs auch auf die Zustände in Oberschlesien zu sprechen, wobei auch die gegenwärtig dort betriebene großpolnische Agitation erwähnt wurde. Fürstbischöf Kapp bemerkte dazu in scharf ablesendem Tone: „er wäre bereits zu alt, um noch volkrisch zu lernen.“

